

Europarat

Ministerkomitee

Empfehlung Rec(2004)5

des Ministerkomitees an die Mitgliedstaaten über die Überprüfung der Vereinbarkeit von Gesetzentwürfen, geltenden Gesetzen und Verwaltungspraktiken mit den in der Europäischen Menschenrechtskonvention festgelegten Normen

*(angenommen vom Ministerkomitee am 12. Mai 2004
in seiner 114. Sitzung)*

Das Ministerkomitee, nach Artikel 15b der Satzung des Europarats,

in der Erwägung, dass es das Ziel des Europarats ist, eine engere Verbindung zwischen seinen Mitgliedern herzustellen, und dass eines der wichtigsten Mittel zur Erreichung dieses Zieles die Wahrung und Fortentwicklung der Menschenrechte und Grundfreiheiten ist;

in Bekräftigung seiner Überzeugung, dass die Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten (im Folgenden als „Konvention“ bezeichnet) der wesentliche Bezugspunkt im Bereich des Schutzes der Menschenrechte in Europa bleiben muss, und im Hinblick auf seine Verpflichtung, Maßnahmen zur Gewährleistung der langfristigen Wirksamkeit des durch die Konvention errichteten Kontrollsystems zu treffen;

eingedenk des subsidiären Charakters des durch die Konvention errichteten Kontrollmechanismus, der nach Artikel 1 voraussetzt, dass die in der Konvention verankerten Rechte und Freiheiten in erster Linie durch das innerstaatliche Recht geschützt und von den nationalen Behörden angewandt werden;

in dieser Hinsicht erfreut darüber, dass die Konvention heute ein wesentlicher Bestandteil der innerstaatlichen Rechtsordnung aller Mitgliedstaaten ist und in dieser Hinsicht Kenntnis nehmend von der wichtigen Rolle der nationalen Gerichte;

im Hinblick darauf, dass sich die Hohen Vertragsparteien nach Artikel 46 Abs. 1 der Konvention verpflichten, in allen Rechtssachen, in denen sie Partei sind, das endgültige Urteil des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (im Folgenden als „Gerichtshof“ bezeichnet) zu befolgen;

in Anbetracht dessen jedoch, dass weitere Anstrengungen in den Mitgliedstaaten unternommen werden sollen, um dieser Konvention volle Wirkung zu verleihen, insbesondere durch die stetige Anpassung nationaler Vorschriften an die Konventionsnormen im Lichte der Rechtsprechung des Gerichtshofs;

in der Überzeugung, dass die Überprüfung der Vereinbarkeit von Gesetzentwürfen, geltenden Gesetzen und Verwaltungspraktiken mit der Konvention erforderlich ist, um zur Verhütung von Menschenrechtsverletzungen beizutragen und die Anzahl der Beschwerden vor dem Gerichtshof zu begrenzen;

unter Hinweis darauf, dass es wichtig ist, verschiedene zuständige und unabhängige Stellen, einschließlich der nationalen Institutionen zur Förderung und zum Schutz der Menschenrechte sowie der nichtstaatlichen Organisationen, zu Rate zu ziehen;

im Bewusstsein der unterschiedlichen Praktiken in den Mitgliedstaaten in Bezug auf die Überprüfung der Vereinbarkeit;

empfiehlt den Mitgliedstaaten, unter Berücksichtigung der im Anhang aufgeführten Beispiele einer guten Praxis:

- I. dafür Sorge zu tragen, dass angemessene und wirksame Mechanismen bestehen, um die Vereinbarkeit von Gesetzentwürfen mit der Konvention im Lichte der Rechtsprechung des Gerichtshofs systematisch zu überprüfen;

- II. dafür Sorge zu tragen, dass solche Mechanismen bestehen, um bei Bedarf die Vereinbarkeit der geltenden Gesetze und der Verwaltungspraktiken, wie sie insbesondere in Verordnungen, Erlassen und Rundschreiben zum Ausdruck kommen, zu überprüfen;
- III. für eine möglichst umgehende Anpassung ihrer Gesetze und Verwaltungspraktiken Sorge zu tragen, um Konventionsverletzungen zu vermeiden;

beauftragt den Generalsekretär des Europarats, die nötigen Mittel bereit zu stellen, um den Mitgliedstaaten, die darum ersuchen, geeignete Hilfe zu gewähren, um sie bei der Umsetzung dieser Empfehlung zu unterstützen.